

„Regieren ist schwerer geworden“

INTERVIEW Die Politikwissenschaftlerin **KATHRIN STAINER-HÄMMERLE** über Turbulenzen in der Politik, den Rückgang der Konsensorientierung und die geringe Toleranz gegenüber Politikern

Regierungskrise in Österreich, Regierungsbildung in Deutschland: In beiden Ländern ist die Tagespolitik stark in den Vordergrund getreten. Eine Politikmüdigkeit, die man vor Jahren konstatierte, ist heute kein Thema mehr.

Man hat den Eindruck, dass die politischen Abläufe in den letzten etwa 20 Jahren immer turbulenter geworden sind. Stimmt das?

Nun, wir wissen mehr über Politik und man kann die Veränderungen in der Politik nicht losgekoppelt sehen von den Veränderungen in der Gesellschaft und vor allem auch von den Medien.

Machen es nur die Medien turbulenter?

Nein, aber schon allein mit der Menge an Informationen können viele nicht mehr umgehen. Die Geschwindigkeit erschwert das Einordnen. Denken Sie, welche Krisen wir im Kalten Krieg hatten, wo die Welt am Rande des Abgrunds gestanden ist, aber das haben wir eben mit einer größeren Verzögerung und auch schon eingeordnet erfahren.

Empfinden wir die letzten Jahre deshalb so turbulent, weil wir da einiges in Österreich zum ersten Mal erlebt haben? Zum ersten Mal eine Wiederholung der Bundespräsidentenwahl, erstmals die Entlassung eines Ministers durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers, die erste Abwahl des Bundeskanzlers, jüngst einen fliegenden Kanzlerwechsel. Das ist in manchen Ländern, etwa in Italien, schon länger normal.

Unsere Verfassung sah diese Möglichkeiten immer schon vor, sie wurden nur nie genutzt. Die Väter der Bundesverfassung haben durchaus bereits solche Szenarien durchgespielt. Aber Österreich war über Jahrzehnte sehr geprägt vom Willen zum Konsens, sowohl vonseiten der ÖVP als auch der SPÖ, was sich in der großen Koalition ausgedrückt hat. In Deutschland wurde diese Regierungsform übrigens immer nur als Notvariante angesehen, nie als Wunschmodell.

Die zweite Klammer, die die Konkordanz verstärkt hat, war die Sozialpartnerschaft, die bis heute eine Rolle spielt, wenn auch nicht mehr so prägend wie in den 50er und 60er Jahren.

Als das Modell der großen Koalition oder einer Alleinregierung von ÖVP oder SPÖ nicht mehr tragfähig war und die Freiheitlichen dazugewonnen haben, sehen wir eine Abkehr vom Konsensdenken in einer polarisierten Gesellschaft. Andererseits haben wir immer noch wenig Streiks. Das unterscheidet uns schon von den mediterranen Ländern wie Italien oder Frankreich.

hängt mit der dem politischen System entgegengebrachten Autorität und dem Vertrauen zusammen. Die Bereitschaft, sich an Regeln zu halten, ist geschwunden. Früher war die Bevölkerung sicher zu wenig mündig, heute vielleicht zu viel. Regieren ist damit schwerer geworden. Das mag paradox klingen aus dem Mund einer Politikwissenschaftlerin, aber das ist schon eine Herausforderung.

Haben Sie Mitleid mit den Politikern?

Ja, zum Teil schon. Nicht auf Bundesebene, auch nicht mit Sebastian Kurz, der nun viele enttäuscht haben dürfte. Beruhigend

Auch Politiker sind keine Halbgötter. Werden sie Tag und Nacht beobachtet, dann sieht man auch Fehler

Die Konsensbereitschaft wurde damals häufig als Mausechlei kritisiert, bei der zwei Parteien sich alles untereinander ausmachen. Heute erleben wir schärfere Auseinandersetzungen bis hin zu einer Gehässigkeit. Der neue Kanzler hat nicht mal einen Tag Schonfrist bekommen, keine Rede von 100 Tagen wie früher. Ist dieses Klima jetzt nachhaltig vergiftet?

Also in die Zukunft kann ich auch nicht schauen. Die große Koalition war damals sehr paternalistisch, die Parteien haben viele gesellschaftliche Bereiche dominiert. Wenn jetzt ein mündiger, kritischer Bürger seine Partei jedes Mal neu auswählt, dann wird das Spiel emotionsgetrieben und zudem angeheizt von den medialen Möglichkeiten, die jeder hat, also den sozialen Medien. Jetzt werden die Kurzfristigkeit und auch die Blockademöglichkeiten zum Problem. Die Schwierigkeit für die Politik ist nicht nur, längerfristige Entscheidungen zu treffen, sondern vor allem, sie umzusetzen. Das beginnt bereits auf der kommunalen Ebene. Bürgerinnen und Bürger müssen stärker einbezogen werden, auch wenn viele nur ihre Eigeninteressen verteidigen. Auch unsere eher bescheidene Impfquote

ist aber, dass die Justiz und das System der Gewaltenteilung funktionieren. Aber mir tun zum Beispiel manche Bürgermeister leid. Es genügt nicht, zu sagen, wir sind alles freie Individuen, es braucht schon auch eine Organisation und ein Bekenntnis zum Gemeinsamen in einer Demokratie. Dazu kommt in Österreich immer mehr ein politisches Konsumentendenken. Dieses Anspruchsdenken hat seine Wurzeln in den Parteien, die sich immer um alles kümmern wollten, von der Wiege bis zur Bahre, wie es die SPÖ unter Bruno Kreisky nannte. Heute sehe ich eine Tendenz, sich zurückzulehnen und dann enttäuscht zu sein, wenn die, die man gewählt hat, die Probleme nicht lösen.

Heute bekommen wir auch ganz genau mit, wie die Politiker zu lenken versuchen, wie sie agieren, wie sie ihre Planungen vorantreiben. Wir konnten zuletzt Chats mitlesen, die eigentlich nur der Justiz zugänglich sein dürften. Früher haben sich die Politiker ja auch etwas ausgemacht. Ist es nicht scheinheilig, wenn wir uns jetzt darüber alterieren?

Ich bin ohnehin der Meinung, dass früher nichts besser war. Natürlich >>



FOTO: HUBERT NOWAK

Kathrin Stainer-Hämmerle: „Die über 100 Jahre alte Bundesverfassung enthält auch Regeln zur Krisenbewältigung, die erst in jüngster Zeit Anwendung fanden“



Kathrin Stainer-Hämmerle fordert ein Bekenntnis zum Gemeinsamen in der Demokratie

» ist Transparenz gut, auch, dass Medien mehr Freiheiten haben. Eine Zeitung aus den 80er Jahren liest sich heute wie reine Propaganda. Auf der anderen Seite müssen wir uns mit den Erwartungen auch selbst an der Nase nehmen. Auch Politiker sind keine Halbgötter. Werden sie Tag und Nacht beobachtet, dann sieht man auch Fehler. Früher hat man vieles einfach nicht erfahren. Ich glaube, da braucht es etwas mehr Toleranz. Aber auch manch strengere Gesetze.

Sie sind 2004 als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Peter Filzmaier von Innsbruck nach Klagenfurt gekommen.

Das war genau am Tag der Landtagswahl 2004.

Filzmaier überschüttet uns ja fast täglich mit seinen Wortkaskaden. Ist er für Sie in gewisser Weise ein Vorbild?

(lacht) Das geht sich rein biografisch nicht aus, wir haben beinahe dasselbe Alter. Mein Vorbild war eher Anton Pelinka, den ich als junger Mensch aus dem Fernsehen kannte und bei dem ich dann auch studiert habe.

Ich frage das deshalb, weil Filzmaier durch seinen Vertrag mit dem ORF zu einem Erklärer Österreichs geworden ist.

Ja, aber ich mach's schon ganz anders.

Stimmt. Aber mögen Sie es auch, in der Öffentlichkeit, im Fernsehen, Ihre Expertise darzulegen?

Wissenschaft hat auch die Aufgabe, den Stand der Dinge zu vermitteln. Ich bin damit aber sehr vorsichtig, weil es natürlich auch eine Macht ist, die ich spüre und die mich selbst manchmal erschreckt.

Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

Ich halte es da mit Pelinka, der uns im Studium immer gesagt hat, Politikwissenschaft ist keine Meinungswissenschaft. Man muss trennen zwischen persönlicher Haltung und der Analyse. Da muss man sich selber immer reflektieren, auch den Bias, den jeder hat. Wichtig ist, viele erklärende Stimmen zuzulassen.

Werden Sie auch gebeten, in die Zukunft zu schauen?

.....

MMAG. DR. KATHRIN STAINER-HÄMMERLE

RC Klagenfurt-Lindwurm

Geboren 1969 in Hohenems, Vorarlberg.

Studium der Politik- und später der Rechtswissenschaften in Innsbruck, lebt seit 2004 in Klagenfurt. Seit 2009

Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten in Villach.

fh.kaernten.at

.....

Dauernd. Die Standardfrage ist: Wie geht die nächste Wahl aus? Aber Stimmungslagen und Themen kann auch die Politikwissenschaft nicht voraussagen.

Gibt es da manchmal auch einen gewissen Druck? Wird interveniert?

Natürlich versuchen alle, mir ihre Sichtweise nahezulegen. Ich höre mir das auch gerne an und setze mich damit auseinander. Ob es dann meine Meinung verändert, ist etwas anderes. Wer soll mich unter Druck setzen? Ich bin ja finanziell nicht abhängig. Ich versuche als Wissenschaftlerin, die Politik analytisch zu betrachten und Positionen in die Diskussion einzubringen, die ich für unterbewertet halte, obwohl sie nicht meiner entsprechen.

Werden Sie auch im Rotary Club oft um Ihre Bewertung des aktuellen Geschehens gefragt?

Natürlich werde ich oft gefragt, auch von anderen Clubs. In Österreich darf man ja noch über Politik reden, noch. In den USA ist das schwieriger. Und ich rede ja auch gerne über das, was mich interessiert. Rotary macht mir sowieso viel Spaß und Freude. Ich habe ja hier keine Schulfreunde und keine Familie, und das ist eine schöne Gelegenheit, freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. ●

Das Gespräch führte Hubert Nowak.

📄 *Die ungekürzte Version des Interviews lesen Sie unter rotary.de/a19100*